

Die Versammlung der Vertrauensmänner.

Die große Vertrauensmännerversammlung trat abermals im Eisenbahnerheim zusammen und erlebte zunächst die Berichte über den Streik und die damit zusammenhängenden Vorfälle. Inzwischen war die Nachricht eingelangt, daß die Verhandlungen mit der Regierung zum Abschluß gelangt seien. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die diese Verhandlungen führten, hatten von der Regierung begehrt, daß sie ihre Beschlüsse den gewählten Vertretern der Vertrauensmännerversammlung, der die zentrale Leitung des Ausstandes und alle Entscheidungen darüber obliegen, persönlich mitteile. Dr. Ellenbogen schlug also vor, aus der Mitte der Versammlung eine Abordnung zu wählen, die sich unmittelbar in die Konferenz der Minister mit den sozialdemokratischen Abgeordneten zu begeben habe. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag einstimmig zu und nahm die Wahl gemäß dem Vorschlag des Genossen Wiederhofer vor. Gewählt wurden: Steiner, Rehal (Örtarung), Franz Thoma (Floridsdorf), Josef Sammerich (Brigittenau), Alois Bauer (Simmering), Karl Walz (Leopoldsdorf), Lösch (Eisenbahner), Ziegler (Eisenbahner), Gehal (Eisenbahner), Kögler (Eisenbahnerwerkstätte), Paulin (Tischler), Wieser (Buchdrucker), Marie Schierl, Münich (Tabakarbeiterin). Die Abordnung begab sich sofort zu der Konferenz. Die Versammlung wurde bis zur Rückkehr der Abordnung unterbrochen.

Nach nahezu dreistündiger Unterbrechung kam die Abordnung zurück und Abgeordneter Seitz ergriß das Wort.

Mitteilungen des Abgeordneten Seitz:

Die Verhandlungen mit der Regierung über die von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen waren schwer. Sie haben bis 8 Uhr abends gedauert. Für 1/9 Uhr haben sich die Vertreter des Arbeiterrates angekündigt und um diese Zeit mußten wir über Aufforderung der Regierung noch einmal zu einer Verhandlung zusammenkommen, weil abermals Bedenken auftauchten. Die Verhandlungen waren auch schwer deshalb, weil der Entwurf der Antwort des Ministerpräsidenten nach Brest-Litowsk an den Grafen Czernin telegraphiert werden mußte, um seine Zustimmung und Änderungsvorschläge entgegenzunehmen. Seine Antwort ist sehr spät eingetroffen, hat sich aber in allem Wesentlichen mit dem Entwurf der Regierung deckt.

Was die Regierung über den Frieden sagt, ist das Wichtigste. Denn diese Idee des Friedens steht im Brennpunkt des Interesses der Arbeiter. Die Befürchtung, daß die Verhandlungen scheitern könnten, war die eigentliche Ursache der Ausstandsbewegung. Wir, die wir verhandelt haben, sind der Ansicht, daß die Erklärung der Minister ausreichen kann. Sie ist selbstverständlich leider nicht die Mitteilung, daß der Friedensvertrag geschlossen ist oder daß er an einem bestimmten Tage unterzeichnet werden wird; aber sie ist eine Erklärung, daß die Regierung dafür bürgt, daß der Frieden an Absichten von Eroberungen oder Entschädigungen oder an sonstigen selbstischen Gründen nicht scheitern kann.

Wichtig für uns war auch, was die Regierung über Polen sagt. Wir haben leider schon gesehen, daß Trotski nach Petersburg fahren mußte und etwa eine Woche wegbleiben werde. Die Regierung erklärt nun, daß das absolut keine Störung der Verhandlung bedeute und daß die Abreise Trotskis nur aus Gründen Russlands selbst erfolge. Wir können aber doch nicht so lange im Ausstand bleiben, bis Trotski zurückkommt. Der Wert der Regierungsvorschläge liegt nicht in den Worten, die die Regierung zu uns spricht, nicht im Text, sondern in der Tatsache, daß die Regierung vor den von der Masse Gewählten ihr Wort verpfändet hat, daß sie alles daransetzen werde, den Frieden herbeizuführen. Die Macht der Arbeiter hat sich gezeigt. Wir glauben, daß die Antwort als genügend zu erachten ist und eine ernste Friedensgarantie darstellt.

Die zweite Frage, die über die Ernährung, ist schwer zu lösen. Was wir aber verlangen, das ist, daß mit dem Wenigen, was da ist, hausgehalten, daß es gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung aufgeteilt werde. Wir haben gegen die Erklärung des Ernährungsministers noch eingewendet, daß sich die Ungarn weigern, uns genügend zu versorgen. Minister Höfer hat darauf verwiesen, daß die Vorschriften in Ungarn zwecks Aufbringung der nötigen Mengen verschärft wurden und daß auch die österreichische Regierung mehr darauf sehen werde, daß wir größere Zuschüsse erhalten.

Eine weit schwierigere Verhandlung gab es in der Frage des Gemeindevahlrechtes. Die Regierung hat zunächst das große Bedenken gehabt, daß das Gemeindevahlrecht doch nicht nach denselben Grundsätzen gestaltet werden kann wie das Reichswahlrecht, und führte die üblichen Einwände an, wie die Verschiedenheit der Wahlklassen und Steuern, das historische Gewordene der Wahlkörper usw. Wir haben aber unerschütterlich an dem Grundgedanken des gleichen Wahlrechtes auch in der Gemeinde festgehalten. Wir können nach diesem Kriege, der gezeigt hat, daß alle Schichten und alle Stände, insbesondere aber die Arbeiterschaft an der Gemeindeverwaltung gleich beteiligt sind, nicht mehr zugeben, daß diese Gesamtheit länger von dem gleichen Wahlrecht ausgeschlossen bleibe. Wir haben die großen Schwierigkeiten der Verhandlungen überwunden. Insbesondere auch den Einwand der Regierung, daß das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes, angewendet auf die Gemeinde, eine ungeheure Gefahr für das deutsche Volk in Österreich, für die Erhaltung des Deutschums in diesem Staate bedeuten müsse. Wir weisen darauf hin, daß die deutschen Arbeiter nicht minder ein Bestandteil des deutschen Volkes sind

als die Bourgeoisie. Wir wissen, daß die Ausdehnung des Wahlrechtes nur der gesamten Nation zum Nutzen gereichen kann und muß, und so sehr wir anerkennen, daß die Rechte der Deutschen nicht geschmälert werden dürfen, werden wir unerschütterlich auf dieser Forderung der Arbeiterschaft beharren. Es gibt Wege genug, nationale Interessen zu sichern. Das hat man am Reichswahlrecht gesehen. Was das Frauenwahlrecht betrifft, haben wir darauf hingewiesen, wie sich die Frauen im Kriege betätigt und bewährt haben. Das alles wurde uns zugegeben. Das alles sehe man ein und sehe die Berechtigung des aktiven Wahlrechtes der Frauen ein. Aber das passive Wahlrecht sei unmöglich. Wir haben erklärt, daß wir davon nicht abgehen können. Wir müssen darauf bestehen, daß das Frauenwahlrecht endlich seine Anerkennung findet, und müssen verlangen, daß eine Regierung, die über das Gemeindevahlrecht öffentlich spricht, ausdrücklich erklärt, daß sie nach den Erfahrungen dieses Krieges nicht das Recht hat, einer Gemeindevahlordnung die Sanktion zu verweigern, die das Frauenwahlrecht festlegt. Endlich haben wir verlangt, daß das vom niederösterreichischen Landtag im Jahre 1914 beschlossene Gesetz über die Wahlreform für die Industriebezirke, dessen Sanktionierung der Stürgkh vereitelt hat, zur Sanktion vorgelegt werde und daß die nächsten Wahlen in Niederösterreich schon nach diesem Gesetz vorgenommen werden. Eine der ältesten Forderungen ist das Proportionalwahlrecht. Auch das hat die Regierung anerkannt.

Auch diese Erklärung gibt uns nicht das Wahlrecht, aber es ist das erste Mal, daß von der maßgebenden Stelle anerkannt wird, daß wir nicht stehen bleiben können bei dem demokratischen Wahlrecht für den Reichsrat, sondern daß dieses ausgedehnt wird auf Land und Gemeinde und daß seiner auch die Frauen teilhaftig werden. Ich glaube, es wird keine Wahlreformbewegung geben, in der wir nicht betonen können, daß selbst ein so reaktionärer Faktor wie die heutige Regierung das Recht der Arbeiter auf die Gemeinde anerkennen mußte und das Recht aller Bewohner, ob Mann oder Frau, auf den gleichen Einfluß in der Gemeinde. Ich glaube, daß auch in diesem Punkte die Antwort der Regierung als genügend zu bezeichnen ist, um Vernünftigen zu schaffen.

Der letzte Punkt war am schwersten zu erledigen: die Aufhebung der Militarisierung. Das Arbeiterrecht, darauf beharrten wir, darf nicht ausgelegt werden von Militärgerichten und der Arbeiter darf wegen seines Verhaltens zum Unternehmer nicht vor das Militärgericht gestellt werden. In allen Staaten sind diese Verhältnisse durch Zivilgesetze geregelt worden, so in Deutschland durch das Büßdienstgesetz; das muß auch in Österreich möglich sein. Endlich haben wir nach langen Kämpfen auch da die richtigen Erklärungen erlangt. Die Frage der Militarisierung endlich einer Regelung angeht, ist ein gewaltiges Verdienst der Arbeiter. Was weiß, wie wir uns jetzt seit drei Jahren bemühen, hier Wandel zu schaffen, wer weiß, was die Arbeiterschaft unter diesem Zustand gelitten hat, wird erkennen, was diese Reform bedeutet. Ich glaube, es wird keine Partei im Hause geben, die diesem Gesetz Schwierigkeiten bereiten wird, auch unsere treuen Klassengegner werden nicht den Mut haben, diese Forderungen zu verteidigen.

In dieser Art wurden alle unsere vier Forderungen beantwortet. Es wäre geradezu verantwortungslos und würde der Wahrheit in das Gesicht schlagen, wollte ich sagen, daß das die volle Erfüllung unserer Wünsche wäre. Wir haben nur einen Wunsch: Ende mit dem Krieg! Damit würden natürlich alle anderen Wünsche erfüllt sein. Aber ebenso offen wissen wir auch bekennen, daß es in niemandes Macht steht, das heute und sofort zu machen. Was uns gelingen konnte, war, Garantien zu schaffen, daß alle Kräfte, die in diesem Staate wirken — vom Arbeiter bis zum Minister — sich in den Dienst des Friedens stellen. Was von Bedeutung war, ist, daß wir Garantien haben, daß auch die Regierung alles tun wird, um diesem schrecklichen Menschenschlachten ein Ende zu bereiten; zu konstatieren, daß es nur ein kleines Häuflein von ein paar hundert Narren gibt, die in Siegfriedensverhandlungen gegen den „Eldensfrieden“ wettern. Die große Masse des Volkes, Arbeitsmann wie Regierungsmann, erkennen, daß es hoch an der Zeit ist, dem Kriege ein Ende zu machen. Die Arbeiterschaft hat durch das äußerste Mittel, das ihr zu Gebote steht, erlangt, daß sich die maßgebendsten Faktoren zum Frieden bekennen und sich verpflichten, daß sie geloben und Bürgschaft leisten, dafür alle Kräfte anzuspannen, um ihn herbeizuführen. Das haben wir faktisch erreicht, und was noch mehr ist, ist die Erkenntnis, was die Kraft der Arbeiter vermag, wenn sie mit Besonnenheit und Ruhe, aber auch mit Energie richtig verwendet wird. Wir haben unsere Kraft erkannt, was die wichtigste Bürgschaft ist — wichtiger als das Versprechen eines Ministers — daß unsere Forderungen erfüllt werden und daß wir den Frieden erzwingen werden. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Antwort der Regierung als genügend zu beurteilen. Dann wollen wir Gewehr bei Fuß stehen und abwarten, ob man von dem Wege, den wir als richtig erkannt haben, abweichen wird, jeden Augenblick entschlossen wieder zum äußersten Mittel der Abwehr zu greifen, wenn jemand wagen sollte, etwas zu unternehmen, was den Frieden bedrohen könnte! (Beifall.)

Die Debatte.

Steiner: Wir sind, die wir mit ungeheurer Begeisterung in diesen Kampf gezogen sind, natürlich nicht besonders erbaud davon, daß die Regierung eine so langatmige Erklärung benötigt, um zu sagen, was sie beabsichtigt. Aber wir schreiben das auf Rechnung der üblichen Regierungsformen. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist derart, daß ich befürchte, daß die Arbeiterschaft vielleicht nicht so leicht erkennen wird, daß, was uns die Regierung anbietet, genügt, um uns vorläufig zu veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen, Gewehr bei Fuß zu stehen und treue Wacht zu halten, daß diese Bedingungen auch eingehalten werden. Es war gewiß ein historischer Moment, daß eine i. u. l. Regierung gewissermaßen eine Verbeugung vor der Arbeiterklasse machen muß. Es ist den Herren nicht so leicht gefallen, mit uns in einer solchen Tonart zu verhandeln, und an nichts konnte man mehr die Macht erkennen, die die Arbeiterklasse erlangt hat. Aber wenn wir auch nicht das alles erlangt haben, was wir wollen, so dürfen wir auch fragen, ob wir denn imstande wären, einen solchen Kampf einige Wochen festzuhalten. Wichtig erscheint mir auch die Zusage bezüglich des Gemeindevahlrechtes, denn es gibt kein Land, das ein so erbärmliches Wahlrecht besitzt wie die Gemeinde Wien. Mit tiefer Begeisterung muß es bezeichnet werden, daß wir von den reichsdeutschen Genossen im Stiche gelassen wurden. Es handelt sich darum, auch die deutsche Regierung, ebenso wie bei uns, zu veranlassen, daß sie eine ebenso entschiedene Friedenserklärung abgibt. An die deutschen Genossen wäre ein entsprechender Appell zu richten. Hauptächlich ist aber trotz der bewundernswürdigen Haltung der

Arbeiterschaft ihre Organisation, ihr sozialistisches Bewußtsein noch mehr zu vertiefen. (Beifall.)
Abg. Dr. Adler: Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden. Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was herauszureißen war. Wir haben die Forderungen erhoben: Friede, Demokratie und Brot! Der Ernährungsminister hat uns leid getan. Man hat es ihm an-ge-sehen, er gäbe gern etwas, aber er kann es nicht. Er wird Widerspruch finden bei den Agrariern, aber dieser wird nicht hindern, daß das geschehe, soweit man es heute machen kann.

Was den Frieden betrifft, so sind auch die Minister ebenso ungebüdt wie wir alle. Aber wir haben ein Dokument, das nicht nur uns mitgeteilt wurde, sondern das vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt ein bindendes Versprechen ist. Erstens ist festgelegt worden, daß der Kaiser und sein Organ, der Minister des Äußern, nach wie vor in den allgemeinen Frieden einstimmen und daß der russische Friede nur die Einleitung zum allgemeinen Frieden sein soll. Zweitens ist festgelegt worden, daß Czernin das, was er wiederholt ausgesprochen hat und wovon man befürchtet hat, er sei davon abgekommen, festhält: Abrüstung und Schiedsgericht. Graf Czernin hat das noch einmal festgestellt. Das dritte ist — und das ist das Wichtigste, worauf es im Augenblick ankommt — das Verhältnis zu Polen. Hier haben wir jetzt ein bindendes Versprechen. Man kann nicht mehr wegen der polnischen Sache dem Frieden entgegenwirken. Die gestrige Erklärung Czernins war ja schon eigentlich eine Antwort auf unsere Wünsche. Die Worte „Ich habe und bürge“ sind etwas, was als Antwort auf die Wünsche streitender Arbeiter in Österreich noch nicht gesagt wurde. Die Demokratie steht im dritten und vierten Punkte, Gemeindevahlrecht und Arbeiterrecht, und hier ist ein entscheidender Fortschritt erreicht worden. Wir haben den Herren keinen Zweifel gelassen, daß es uns nicht einfaßt, ihn als letzte Errungenschaft anzusehen. Unsere Abschiedsworte waren: „Das war das dünne Ende des Seiles, es kommt noch ein anderes.“ Das Bewußtsein der Herren ist schon, daß das der Beginn der Umkrempelung des Staates ist.

Nun haben Sie zu entscheiden. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratsschlüsse zu geben, aber meine Meinung ist: Eine Situation ist auszunutzen bis zum Äußersten; aber wenn das geschehen ist, soll man nichts weiter riskieren, sondern bis zur nächsten Gelegenheit warten. Das Eis ist einmal gebrochen. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden — wir sind da und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. Wir wollen nicht sagen, daß wir weiter kämpfen, weil wir vielleicht mehr gewinnen können. Wir können sogar etwas verlieren: das Vertrauen zu unserer Besonnenheit, Klugheit und Verantwortlichkeit. Wir können sagen: Für die drei Tage Kampf haben wir etwas erreicht. Gehen wir nun und wenn es nötig ist, werden wir wieder da sein. Es ist nicht alles erreicht worden, doch was wir erreicht haben, ist nichts Kleines für die Arbeiter, die unter dem Militärgeßel stehen und für diejenigen, die sich von habgierigen und beschränkten Spiegeln mühen lassen. Was wir durchgesetzt haben, ist lange nicht alles, aber die Arbeiter sind auch noch auf der Welt! (Stürmische Zustimmung.)

Es sprachen noch Spielmann (Artenal), Foris (Wiener-Neustadt), Lippa (Frauenorganisation) und eine Reihe weiterer Redner.

Der Beschluß der Vertrauensmänner.

In vorgerückter Nachtlunde beantragte Gierlinger (Stablan) folgende Resolution: Die Versammlung der Vertrauensmänner sämtlicher im Ausstand stehender Betriebe Wiens, einschließlich einer Abordnung der Betriebe Niederösterreichs, beschließt:

1. Die Erklärung der Regierung, daß sie das Friedenswort mit dem Ziele des allgemeinen Friedens mit größter Beschleunigung fortzuführen will und insbesondere als Mittel hierzu den Frieden mit Rußland unter Verzicht auf jede Art von Eroberungen und Entschädigungen so rasch als möglich zum Abschluß bringen will, wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.
2. Die Versammlung verurteilt nicht der Tatsache, daß sich die allgemeine Volksernährung nach so langer Kriegsdauer und so vielen Versäumnissen schwierig gestalten muß, sie erwartet jedoch, daß die vom Minister für Volksernährung gemachte Zusage einer tatkräftigen und respektvollen Aufbringung und Veranlagung aller erreichbaren Zufuhren, insbesondere aus Ungarn, und der endlichen gleichmäßigen Verteilung des vorhandenen gewissenhaft erfüllt wird.
3. Die Versammlung begrüßt es, daß endlich auch eine österreichische Regierung den Gedanken der Demokratie betreffs des Gemeindevahlrechtes aufgenommen und zum erstenmal darin ein bindendes Versprechen gegeben hat. Sie erwartet, daß sie die in Aussicht gestellten Gesetzesvorlagen ehestmöglich einbringt und insbesondere der Gemeindevahlreform in Wien nachdrücklichste Förderung angedeihen läßt.
4. Die Versammlung erkennt an, daß die Militärverwaltung ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Industriearbeiterschaft auch im Kriege unter das ordentliche zivile Recht zu stellen, und sieht der Vorlage der betreffenden Gesetze in der kürzesten Frist entgegen.

Indem die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft auf diese Weise die Zugeständnisse der Regierung würdigen, erkennen sie zugleich in der eigenen zielbewußten Geschlossenheit, in der Einheit der Organisation und Aktion der arbeitenden Masse die stärkste Bürgschaft des Friedens und die beste Sicherung ihrer Forderungen und empfiehlt in diesem Sinne der im Ausstand befindlichen Arbeiterschaft Österreichs die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

In diesem Geiste erbietet sie zugleich der Arbeiterschaft aller Nationen des Landes, der Welt und insbesondere dem russischen Proletariat ihren brüderlichen Gruß.

Mit der Annahme dieser Resolution schloß die Versammlung.